

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union (21. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Fraktionen der CDU/CSU und FDP
– Drucksache 17/5903 –**

Einrichtung einer Interparlamentarischen Konferenz zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bzw. Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union

A. Problem

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) und die Gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der Europäischen Union werden weiterhin von den EU-Mitgliedstaaten im Europäischen Rat und im Rat der EU einstimmig festgelegt und durchgeführt. Eine politische Begleitung und Kontrolle dieser Politikbereiche durch ein europäisches Gremium aus Vertretern der nationalen Parlamente der EU-Mitgliedstaaten und des Europäischen Parlaments, das die Vernetzung der wichtigsten parlamentarischen Akteure der Außen- und Sicherheitspolitik in der Europäischen Union gewährleistet, ist erforderlich. Zu seiner Einrichtung soll auf die im Protokoll Nr. 1 über die Rolle der nationalen Parlamente niedergelegten Möglichkeiten hinsichtlich der Aufgaben und Zusammensetzung zurückgegriffen werden.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD.

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/5903 anzunehmen.

Berlin, den 8. Juni 2011

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Gunther Krichbaum
Vorsitzender

Dr. Johann Wadephul
Berichterstatter

Dietmar Nietan
Berichterstatter

Joachim Spatz
Berichterstatter

Dr. Diether Dehm
Berichterstatter

Viola von Cramon-Taubadel
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Johann Wadephul, Dietmar Nietan, Joachim Spatz, Dr. Diether Dehm und Viola von Cramon-Taubadel

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 17/5903** in seiner 111. Sitzung am 26. Mai 2011 beraten und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur federführenden Beratung und an den Auswärtigen Ausschuss und den Verteidigungsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag zielt darauf, dass der Deutsche Bundestag sich für die Einrichtung einer Interparlamentarischen Konferenz zur Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik bzw. Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik der Europäischen Union ausspricht. Diese soll unter Nutzung der Möglichkeiten aus dem Protokoll Nr. 1 über die Rolle der nationalen Parlamente in der Europäischen Union wie folgt ausgestaltet werden:

Aufgabe des Gremiums soll die Begleitung und Kontrolle aller Aspekte der GASP und der GSVP sein; dafür sollen die Hohe Repräsentantin, EU-Beauftragte sowie leitende Mitarbeiter des Europäischen Auswärtigen Dienstes (EAD), der Europäischen Kommission, des Rates und des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees (PSK) angehört werden. Gemeinsame Schlussfolgerungen sollten im Mehrheitsverfahren beschlossen werden können, zu denen Stellungnahmen von der Hohen Repräsentantin, dem Rat oder der Kommission erbeten werden sollten.

Die Zusammensetzung des Gremiums sollte die Vielfalt der nationalen Parlamente widerspiegeln und könnte proportional an den Schlüssel der Parlamentarischen Versammlung des Europarates angelehnt sein. Als Beobachter können nationale Parlamente von Beitrittskandidaten und NATO-Mitgliedstaaten teilnehmen. Der Tagungsort des Gremiums soll Brüssel sein, um die Unabhängigkeit des Gremiums und den intergouvernementalen Charakter der GASP/GSVP zu dokumentieren. Der Vorsitz des Gremiums sollte bei den nationalen Parlamenten der Troika-Länder der drei aufeinanderfolgenden EU-Präsidentschaften liegen und durch ein kleines, eigenständiges Sekretariat unterstützt werden. Das Gremium sollte halbjährlich als Plenum tagen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Auswärtiger Ausschuss** hat die Vorlage 17/5903 in seiner 40. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den Antrag anzunehmen.

Der **Verteidigungsausschuss** hat die Vorlage 17/5903 in seiner 92. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den Antrag anzunehmen.

IV. Beratungsverlauf im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat die Vorlage auf Drucksache 17/5903 in seiner 41. Sitzung am 8. Juni 2011 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD die Annahme empfohlen.

Die **Fraktion der CDU/CSU** unterstrich, dass die Begleitung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik durch Vertreter nationaler Parlamente notwendig und diese vorrangig zuständig seien. Dies stehe auch nicht im Gegensatz zu einer grundsätzlich notwendigen Europäisierung dieser Politikfelder. Die Interparlamentarische Konferenz solle nach demselben Schlüssel wie bisher die Parlamentarische Versammlung der Westeuropäischen Union und die des Europarates zusammengesetzt sein. Sie wies darauf hin, dass die Fraktionen im Wesentlichen dasselbe Ziel verfolgten, und verlieh der Hoffnung Ausdruck, dass diese sich im Hinblick auf eine Kompromissfindung auf europäischer Ebene verständigen.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass die vorgetragenen Auffassungen vom eigenen Antrag auf Drucksache 17/5389 nicht weit entfernt seien. Angesichts der noch wenig fortgeschrittenen Europäisierung der Politikfelder müsse die parlamentarische Vertretung stärker unterstützt und eng an die Strukturen des Europäischen Parlaments angebunden werden. Eine ausdrücklichere Ausgestaltung mancher Punkte, wie dem Status des Sekretariats und seine Ausgestaltung, sei erforderlich. Nur durch eine enge Einbindung der Mitglieder des Europäischen Parlaments und eine gute Ausstattung könne der Weg der Europäisierung erfolgreich gegangen werden. Insgesamt betrachtet sei eine gemeinsame Vorgehensweise denkbar.

Die **Fraktion der FDP** hielt den vorgeschlagenen, an die Parlamentarische Versammlung des Europarates angelehnten Schlüssel für die Zusammensetzung für rational und wies darauf hin, dass ein kleines Sekretariat diejenigen beruhigen könne, die eine zu starke Europäisierung oder Institutionalisierung befürchteten. Es handele sich um eine neue Entwicklung, bei der durch die Einbeziehung der parlamentarischen Entscheidungsträger auf europäischer Ebene ein common sense der außen- und sicherheitspolitischen Zielsetzungen erreicht werden könne.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, es gehe darum, wie künftig eine parlamentarische Kontrolle der GASP und der GSVP, insbesondere im Hinblick auf militärische Einsätze, möglich sei. Ihr Antrag auf Drucksache 17/5387 berücksichtige als einziger das Problem, dass das Europäische Parlament zu wenig Kontrollrechte habe, da Kompetenzen von der nationalen auf die europäische Ebene übertragen würden, ohne dass gleichzeitig die entsprechenden parlamentarischen Kontrollbefugnisse mit übertragen würden. Zur Be-

hebung dieses Defizits sei eine Änderung der europäischen Grundlagenverträge erforderlich.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** verwies auf ihren Antrag auf Drucksache 17/5771. Sie sei mit der Übernahme des Schlüssels für die Parlamentarische Versammlung des Europarates einverstanden. Aus ihrer Sicht müsse das Europäische Parlament jedoch stärker beteiligt werden. Die Gründung eines neuen Sekretariats sei nicht erforderlich, vielmehr könnten bestehende Sekretariate genutzt werden.

Berlin, den 8. Juni 2011

Dr. Johann Wadehul
Berichterstatter

Dietmar Nietan
Berichterstatter

Joachim Spatz
Berichterstatter

Dr. Diether Dehm
Berichterstatter

Viola von Cramon-Taubadel
Berichterstatterin